

CHINESISCH-TIBETISCHE ANNÄHERUNG

Nach mittlerweile drei Begegnungen zwischen den Gesandten des Dalai Lama und Vertretern der chinesischen Regierung in China und Tibet trafen Ende Juni Delegationen beider Länder in der chinesischen Botschaft in Bern zusammen. Lodi Gyari, Sondergesandter des Dalai Lama, bezeichnete den Meinungs austausch, der in einer offenen und geschäftsmäßigen Atmosphäre stattfand, als konkret und substantiell. Allerdings, so der Gesandte, seien Meinungsverschiedenheiten in grundlegenden Fragen nicht aus dem Weg geräumt.

Zu den offenen Fragen zählen die Festlegung, was Tibet ist, d.h. worauf sich das Gebiet erstreckt. Für die chinesische Regierung bezieht sich Tibet

auf die von ihr 1965 geschaffene „Autonome Region Tibet“; diese macht etwa ein Drittel des Territoriums des alten Tibet aus. Die tibetische Regierung im Exil betrachtet das gesamte ethnische Gebiet als Tibet, einschließlich Kham und Amdo.

Der chinesische Vertreter habe sich zufrieden gezeigt, dass nun ein direkter Kontakt mit der tibetischen Führung hergestellt sei und sich als stabil erwiesen habe. Die Führung der Kommunistischen Partei messe dem Kontakt mit Vertretern des Dalai Lama eine große Bedeutung bei, so die Einschätzung des chinesischen Beamten. Er zeigte sich optimistisch, dass sich die bestehenden Differenzen aus dem Weg räumen ließen.

Der Dalai Lama war mit den Ge-

sprächen in Bern zufrieden, da sie die Beziehung verbesserten und den Prozess der Annäherung förderten. Das tibetische Oberhaupt wünscht sich, dass der begonnene Austausch zu substantiellen Verhandlungen über das Tibetproblem führt. Auch die amerikanische Regierung äußerte sich zufrieden über die Gespräche in der chinesischen Botschaft. Sie forderte Peking erneut auf, in echte Verhandlungen mit dem Dalai Lama einzutreten, um die lang anhaltenden Differenzen zu überwinden. Samdhong Rinpoche, der tibetische Premierminister, ist überzeugt, die chinesische Regierung verstehe langsam, „dass der Dalai Lama nicht das Problem ist, sondern der Schlüssel zur Lösung des Problems.“ *bs*

HARTES VORGEHEN GEGEN DALAI LAMA-ANHÄNGER

Trotz der diplomatischen Annäherung zwischen Tibet und China gehen die chinesischen Behörden in Tibet hart gegen Anhänger des Dalai Lama vor. Informationen des Radiosenders Radio Free Asia zufolge sollen drei Tibeter festgenommen und verurteilt worden sein, weil sie Bilder vom Dalai Lama sowie Audio- und Video-Kassetten seiner Unterweisun-

gen aus Indien nach Tibet mitgebracht hätten.

Die drei Männer hätten demnach im Juni 2001 versucht, die Grenze von Nepal nach Tibet zu passieren. Dabei seien sie von Sicherheitsbeamten aufgegriffen und festgenommen worden. Ein Gericht verurteilte sie zu Gefängnisstrafen von zwei und vier Jahren, weil sie Dokumente bei sich

trugen, „die dem Sozialismus und der Einheit des Volkes schaden könnten“, und weil sie zur „Spaltung des Landes“ angestiftet hätten. Die Beamten hätten darauf hingewiesen, dass es den Tibetern zwar erlaubt sei, ihre Religion auszuüben, dass es aber als „politisches Verbrechen“ gelte, Material im Zusammenhang mit dem Dalai Lama zu verbreiten.“ *bs*

RECHTSSTAATSDIALOG: MENSCHENRECHTE OHNE LOBBY

Der 6. deutsch-chinesische Rechtsstaatsdialog tagte Ende Juni 2005 in Hamburg. Der CDU-Senat hatte sich darum bemüht, den Dialog nach Hamburg zu holen, das den größten China-Hafen Europas hat. In der Hansestadt gibt es derzeit 700 Firmen, die Handel mit China treiben, 360 chinesische Unternehmen sind hier registriert.

amnesty international (*ai*) kritisierte, dass wie bei den Rechtsstaatsdialogen in den Vorjahren die Schattenseiten des China-Booms totgeschwiegen würden. Den Regierungen ginge es allein um Investitionssicherheit, dabei spielten die Menschenrechte eine untergeordnete Rolle. Auch Hamburg komme

„seiner Verantwortung bei der Durchsetzung von Demokratie“ nicht nach, beklagte Dirk Pleiter, China-Experte bei *ai* in Deutschland, und listete die Probleme auf: Jegliche Opposition werde in China unterdrückt, eine unabhängige Justiz fehle, und es sei eine „enorm hohe Anwendung der Todesstrafe“ zu verzeichnen. Ethnische Minderheiten würden verfolgt, und die Arbeitnehmer seien faktisch rechtlos, unabhängige Gewerkschaften seien nicht zugelassen.

Der Vertreter *amnestys* forderte die Hamburger Politiker auf, Verantwortung zu übernehmen. „Einflussmöglichkeiten sind da“, so Pleiter. Der Senat

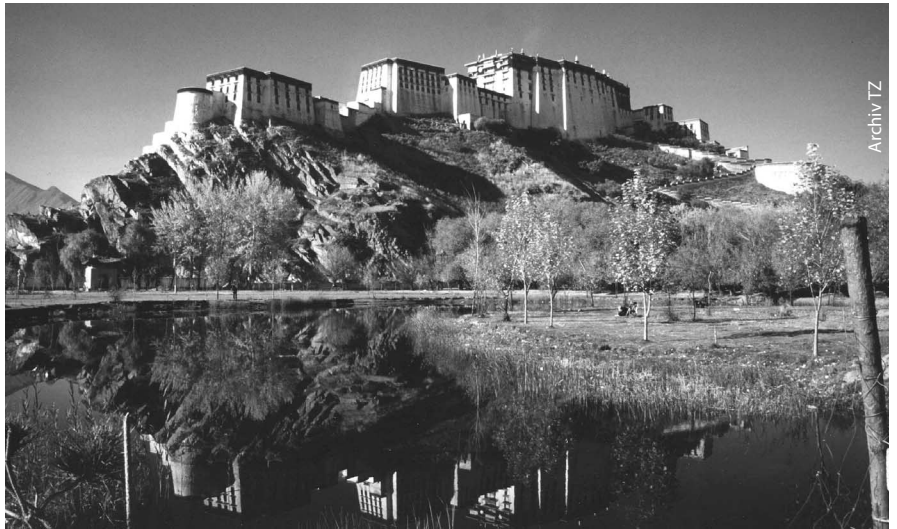
könne seine Kontakte nutzen, um etwa inhaftierten Dissidenten zu helfen oder bei Rechtsverstößen zu intervenieren.“

Der Fraktionsvize der Grün-Alternativen-Liste in Hamburg, Christian Maaß, mahnte die Hamburger Kaufleute, sich zu vergewissern, dass sie nicht mit Waren aus Zwangsarbeit handelten. Rund drei Millionen Gefangene sollen in chinesischen Arbeitslagern zur Zwangsarbeit herangezogen werden. „Wer chinesischen Lieferanten keine kritischen Fragen nach Herkunft ihrer Billigware stellt, macht sich mit-schuldig an Menschenrechtsverletzungen“, so Maaß. *bs*

RENOVIERUNG DES POTALA

Die im Jahr 2002 begonnene Renovierung des Potala-Palastes soll im Herbst 2005 abgeschlossen sein. Der im 7. Jahrhundert erbaute Palast im Herzen Lhasas, in dem die Dalai Lamas residierten, soll in Zukunft für Ausstellungen und offizielle Anlässe genutzt werden, so die Behörden. Rund 1280 Arbeiter waren involviert, die chinesische Regierung hat sich die Renovierung rund 22 Millionen Dollar kosten lassen.

Das Projekt dient auch politischen Zielen, denn der Potala war seit je her ein Vorzeigeobjekt. „Wenn in China eine Entscheidung darüber gefällt wird, was renoviert wird“, so Thierry Dodin, Direktor des Tibet Information Network, „nehmen sie immer das, was politisch nutzbar gemacht werden kann.“ Ein Symbol für die politische Funktion ist das 17 Meter hohe Monument, das die chinesische Regierung auf dem großen modernen Platz hinter dem Potala errichten ließ, das an die „friedliche Befreiung Tibets“ erinnert.



Vorzeigeobjekt: Der Potala-Palast in Lhasa (alte Aufnahme) ist mit hohem Aufwand renoviert worden.

Im Zuge der Renovierung wurden 300 tibetische Familien, die im traditionellen Dorf Shol am Fuße des Potala lebten, umgesiedelt. Damit sind jetzt alle Spuren tibetischer Bauweise aus Lhasa verschwunden. Die ursprüngli-

che tibetische Kultur wird auf ein immer kleineres Gebiet gedrängt. Heute sind nach Einschätzung der International Campaign for Tibet nur noch zwei Prozent der Bausubstanz von Lhasa ursprüngliche tibetische Architektur. *bs*

TIBET: HOHES WIRTSCHAFTSWACHSTUM UND GRÖSSTE ARMUT

Ein neues Buch aus der Feder eines westlichen Wirtschaftswissenschaftlers auf der Basis offizieller chinesischer Statistiken zeigt, wie das staatlich geförderte Wirtschaftswachstum dazu geführt hat, dass Tibet die höchsten Armutsraten in der Volksrepublik China hat, die größte Ungleichheit von Stadt und Land und mit Abstand die schlechteste Bilanz auf dem Bildungssektor.

Das in englischer Sprache erschienene Buch von Andrew Martin Fischer („Staatliches Wachstum und sozialer Ausschluss in Tibet: die Herausforderungen des aktuellen Wirtschaftswachstums“, Nordic Institute of Asian Studies Press 2005) weist nach, wie die Kombination von staatlich angekurbeltem Wirtschaftswachstum und der verstärkten Einwanderung von Chinesen nach Tibet die Tibeter immer stärker von der Entwicklung in ihrem eigenen Land ausschließt.

Viel Geld sei in die Expansion des Staatsapparates und seiner Institutionen, einschließlich des Militärs, ge-

flossen. Der Staat sei zum „Motor des Wachstums“ in der so genannten Autonomen Republik Tibet geworden. Der massive Ausbau der Infrastruktur, so Fischer, habe sich an den Erfordernissen der Machtabsicherung orientiert, etwa das Mamutprojekt Eisenbahnbau von Qinghai nach Lhasa.

Ein derart vom Staat gefördertes Wachstum, so der Autor der Studie, sei nicht selbst-tragend, sondern künstlich, weil von Subventionen abhängig. Für Wachstum im Wert von 1 Yuan wären im Jahr 2001 etwa 2 Yuan Subventionen geflossen. Gelder gingen zum Beispiel an staatliche Baufirmen und Ingenieurbüros. So habe etwa ein einziger Staatsbetrieb aus Chengdu alle Brücken für die neue Eisenbahn gebaut. Beschäftigt würden fast ausschließlich chinesische Arbeiter, keine Tibeter.

Das Wirtschaftswachstum sei überhaupt nur durch steigende Geldzufuhr durch die Regierung aufrecht zu erhalten. In 2003 hätten Subventionen 75 Prozent des Bruttosozialpro-

dukts ausgemacht. Gingen die Gelder zurück, wie etwa nach dem Eisenbahnbau zu erwarten, würde auch das Wirtschaftswachstum sich erschöpfen und vermutlich durch eine Wirtschaftskrise abgelöst.

Das Wachstum habe den sozialen Sektor nicht berührt, so Fischer. Die „weiche“ Infrastruktur wie der Gesundheits- und Erziehungssektor sei vernachlässigt worden. Der Anteil der Ausgaben für die Gesundheitsfürsorge ging zwischen 2001 und 2003 zurück. Die meisten Tibeter hätten auch nach 50 Jahren chinesischer Herrschaft keinen adäquaten und günstigen Zugang zur Gesundheitsfürsorge. Vor allem in ländlichen Regionen sterben viele Tibeter an leicht zu behandelnden Krankheiten wie Lungenentzündung, Diarrhöe und Ruhr. Auch der Anteil der Gelder, die für die Erziehung zur Verfügung stehen, sei gefallen. Tibeter könnten daher auf dem Arbeitsmarkt nicht mit den besser ausgebildeten Chinesen konkurrieren. *bs*

DALAI LAMA FÜR WIEDEREINFÜHRUNG DES NONNENORDENS

Im Anschluss an die Unterweisungen S.H. des Dalai Lama in Zürich fand am 13. und 14. August 2005 die erste Konferenz tibetischer Dharma-Zentren in Europa statt. Hauptanliegen des Zusammentreffens war der Erfahrungsaustausch über Studium, Lehre und Praxis des tibetischen Buddhismus. Schwerpunkte waren soziales Engagement und zukünftige Zusam-

menarbeit der verschiedenen Traditionen.

In seiner Eröffnungsrede zeigte S. H. der Dalai Lama sich erfreut darüber, dass tibetische Nonnen bald erstmals in der Geschichte einen den Mönchs-Klosteruniversitäten gleichgestellten akademischen Titel „Geshe“ erhalten sollen. Nun sei auch die Zeit reif für die Wiedereinführung des buddhisti-

schen Nonnenordens. Das tibetische Oberhaupt stellte für diesen Zweck 50.000 Schweizer Franken bereit und forderte die westlichen Nonnen auf, die Initiative zu ergreifen. Vor allem sei die Abstimmung mit Geistlichen aus anderen buddhistischen Ländern nötig, damit ein gemeinsames Vorgehen in der Frage des Nonnenordens gewährleistet sei. *cr*

DALAI LAMA KÜNDIGT RÜCKZUG AUS DER POLITIK AN

S.H. der Dalai Lama nutzte die Feierlichkeiten zu seinem 70. Geburtstag für die Ankündigung, dass er sich langsam aus der aktiven Politik zurückziehen werde. Er verwies darauf, dass im Exil eine gewählte politische Führung existiert. Er selbst fühle sich aufrichtig und ohne Einschränkung der Demokratie verpflichtet. Es sei besser für das tibetische Volk, so Seine Heiligkeit, wenn er die aktive Politik den

gewählten Volksvertretern überlasse und ermunterte sie, ihre Aufgaben zu erfüllen, „als ob der Dalai Lama nicht da wäre“. Nur so könne die politische Reife gedeihen, die für die Zeit notwendig sei, „wenn der Dalai Lama nicht mehr ist.“

Während der Langlebenszeremonie, die für ihn in Dharamsala abgehalten wurde, sagte Seine Heiligkeit, dass die gegenwärtige Notlage seines Volkes

es nötig mache, dass er lange lebt und weiter daran arbeitet, eine Lösung des Tibetproblems herbeizuführen. „Eure gemeinsamen Gebete für mein langes Leben, die in aller Aufrichtigkeit und aus echtem Vertrauen dargebracht wurden, werden erhört werden.“ Dem Fernsehsender Voice of America gelang es, Bilder von den Feierlichkeiten zum 70. Geburtstag des Dalai Lama nach Tibet zu übertragen. *bs*

KURZ BELICHTET

- **„Fünf giftige Gruppen“:** Informationen eines ehemaligen chinesischen Diplomaten zufolge gehören tibetische „Separatisten“ zu dem, was die chinesische Regierung die „fünf giftigen Gruppen“ nennt: Neben den Tibetern, die nach Unabhängigkeit streben, sind dies Mitglieder der Falun Gong, die Uiguren, jene, die sich für die Unabhängigkeit Taiwans einsetzen, sowie Mitglieder der Demokratiebewegung.

- **Peking will Nachfolger des Dalai Lama bestimmen:** Im Falle des Todes S.H. des Dalai Lama soll die Führungsspitze in Peking seinen Nachfolger bestimmen – dies äußerte der Vorsitzende der sogenannten Autonomen Region Tibet. Qiangba Pun-cog sagte während eines Besuchs in Hongkong gegenüber der South China Morning Post, die Reinkarnation des Dalai Lama würde durch die buddhistische Tradition unter Aufsicht der chinesischen Regierung bestimmt.

- **Umweltschäden:** Den zehn „westlichen Provinzen“ Chinas gehen Angaben der staatlichen Nachrichtenagentur Xinhua zufolge jedes Jahr umgerechnet 14,7 Milliarden Euro durch Umweltschäden verloren, das sind rund 13 Prozent des jährlichen Brutto-sozialprodukts in der Region. Im Zuge des ungezügelter Wirtschaftswachstums in den letzten 20 Jahren kam es zu Bodenerosion, dem Vordringen der Wüste und einer fortschreitenden Degeneration der Weiden. Etwa 2,8 Millionen Quadratkilometer Boden gingen durch Erosion verloren, das sind 77 Prozent der Fläche.

- **Wahlen im Exil:** Die Tibeter im Exil sind aufgerufen, ein neues Parlament und einen Premierminister zu wählen. Die Vorwahlen finden im September und Dezember 2005 statt, die eigentlichen Wahlen am 18. März 2006. Tibeter auf der ganzen Welt können sich beteiligen.

- **Aids holt tibetische Gemeinschaft ein:** Mittlerweile gibt es Fälle

von Aids in der Tibetergemeinschaft in Indien. Das Gesundheitsministerium der tibetischen Exilregierung ist besorgt, vor allem auch, weil die Krankheit stigmatisiert ist und die Betroffenen zögern, Hilfe zu suchen. Das Ministerium hat ein Aids-Programm gestartet, das vor allem über die Krankenhäuser in Indien und Nepal läuft.

- **Neurowissenschaftler gegen Dalai Lama:** Ein Streit ist unter Neurowissenschaftlern in den USA entbrannt. Zur Jahrestagung der Gesellschaft für Neurowissenschaft im November 2005 ist auch der Dalai Lama als Redner eingeladen. Einige Wissenschaftler, insbesondere auch chinesischer Herkunft, reagierten darauf mit Ablehnung: Ein religiöser Führer habe auf einer wissenschaftlichen Konferenz nichts zu suchen, so ihre Meinung. Die These des Dalai Lama, dass Körper und Geist von verschiedenem Wesen sind, so Dr. Gu, sei wissenschaftlich unhaltbar und würde nur „Verwirrung stiften“.